§ 17 ArbZG

(1) Die Einhaltung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen wird von den nach Landesrecht zuständigen [Behörden](#) ([Aufsichtsbehörden](#)) überwacht.

(2) Die [Aufsichtsbehörde](#) kann die erforderlichen Maßnahmen anordnen, die der [Arbeitgeber](#) zur [Erfüllung](#) der sich aus diesem Gesetz und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ergebenden Pflichten zu treffen hat.

(3) Für den öffentlichen Dienst des Bundes sowie für die bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des [öffentlichen Rechts](#) werden die Aufgaben und Befugnisse der [Aufsichtsbehörde](#) vom zuständigen Bundesministerium oder den von ihm bestimmten Stellen wahrgenommen; das gleiche gilt für die Befugnisse nach [§ 15 Abs. 1 und 2 ArbZG](#).

(4) Die [Aufsichtsbehörde](#) kann vom [Arbeitgeber](#) die für die Durchführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen erforderlichen Auskünfte verlangen. Sie kann ferner vom [Arbeitgeber](#) verlangen, die Arbeitszeitznachweise und Tarifverträge oder Betriebs- oder Dienstvereinbarungen im Sinne des [§ 7 Abs. 1 bis 3 ArbZG](#), [§§ 12 ArbZG](#) und [21a Abs. 6 ArbZG](#) sowie andere Arbeitszeitznachweise oder Geschäftsunterlagen, die mittelbar oder unmittelbar Auskunft über die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes geben, vorzulegen oder zur Einsicht einzusenden.

(5) Die Beauftragten der [Aufsichtsbehörde](#) sind berechtigt, die Arbeitsstätten während der Betriebs- und Arbeitszeit zu betreten und zu besichtigen; außerhalb dieser Zeit oder wenn sich die Arbeitsstätten in einer [Wohnung](#) befinden, dürfen sie ohne Einverständnis des Inhabers nur zur Verhütung von dringenden Gefahren für die [öffentliche Sicherheit](#) und Ordnung betreten und besichtigt werden. Der [Arbeitgeber](#) hat das Betreten und Besichtigen der Arbeitsstätten zu gestatten. Das Grundrecht der [Unverletzlichkeit der Wohnung](#) ([Art. 13 GG](#) (des Grundgesetzes)) wird insoweit eingeschränkt.

(6) Der zur Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in [§ 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ZPO](#) (der Zivilprozessordnung) bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

Fassung ab 01. Jan 2021

Fassung bis einschl 31. Dez 2020

(1) - (3) ...

(4) Die [Aufsichtsbehörde](#) kann vom [Arbeitgeber](#) die für die Durchführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen erforderlichen Auskünfte verlangen. Sie kann ferner vom [Arbeitgeber](#) verlangen, die Arbeitszeitchweise und Tarifverträge oder Betriebs- oder Dienstvereinbarungen im Sinne des § [7 Abs. 1 bis 3 ArbZG](#), §§ [12 ArbZG](#) und [21a Abs. 6 ArbZG](#) vorzulegen oder zur Einsicht einzusenden.

(5) - (6) ...